

## Europäische Werte statt freiem Handel?

Die handelspolitischen Grundlagen des Freihandelsabkommens TTIP sind anti-  
quiert. Eine europäische Aufsichtsagentur für verpflichtende Produktstandards  
könnte den Wettbewerb dorthin dirigieren, wo er der Gesellschaft am meisten  
nützt – und das europäische Wohlstandsmodell retten.

Von Bernhard Schütz



Die Bemühungen der Europäischen Kommission, die transatlantischen Handelsbeziehungen durch das Freihandelsabkommen TTIP zu vertiefen, werden von der Bevölkerung mit zunehmender Skepsis verfolgt. Die Befürchtungen gegenüber dem geplanten Abkommen sind vielfältig. Sie betreffen die mögliche Nivellierung sozialer und ökologischer Standards ebenso wie die Bevorzugung von Unternehmensinteressen durch weitreichende Investitionsschutzklauseln oder die intransparente Art der Verhandlungsführung. Im Lichte dieser Debatte stellt sich die Frage, ob mehr Freihandel, also die Verringerung möglicher Handelshemmnisse (etwa Zölle) oder unterschiedlicher Produktvorschriften, stets die bestmögliche politische Lösung

darstellt. Und ob ein solcher Ansatz tatsächlich mit den Kerninhalten der europäischen Idee harmonisiert.

Die handelspolitischen Grundlagen der Europäischen Union ergeben sich dabei aus einem doppelten Unglück: Zum einen folgt die Union einer sehr einseitigen Rezeption ökonomischer Außenhandelsstheorie, die primär auf komparative Kostenvorteile im Sinne David Ricardos fokussiert ist und freieren Handel generell positiv bewertet.

Diese Sicht wird mittlerweile sogar von der Standardökonomie als anti-  
quiert eingestuft. Moderne Lehrbücher

betonen die Rolle absoluter (statt komparativer) Kostenvorteile und zeigen so auf, dass mehr Freihandel zu einem klassischen ökonomischen Trade-off führt: Im Fall entwickelter Länder steht dabei allgemein eine Verbilligung von (Import-)Gütern dem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen gegenüber – wobei im Spezialfall einer Intensivierung der transatlantischen Handelsbeziehungen nicht klar ist, welcher Effekt innerhalb Europas überwiegen würde. Die Forderung nach mehr Freihandel gewinnt vor diesem Hintergrund massiv an theoretischer Ambivalenz – es ist daher kein Zufall, dass sich an diesem Punkt auch öffentliche Kritik formiert.

Zum anderen sind die Abweichungen der Europäischen Union von diesem tendenziell dogmatischen Politikstil zu meist partiellen Klientel-Interessen geschuldet und weisen daher einen klassischen Schutzzollcharakter auf. Das klarste Beispiel für diese Praxis – die von Europa zwar nach außen geächtet, aber dennoch intern praktiziert wird – bilden die agrarpolitischen Subventionen der EU.

Damit bleibt die europäische Handelspolitik ein theoretisch oberflächliches und praktisch inkonsistentes Konstrukt, das die Glaubwürdigkeit der EU als politischen Akteur nach außen schädigt und mit ambivalenten ökonomischen Folgen einhergeht.

Eine Möglichkeit für einen alternativen Ansatz in der Außenhandelspolitik jenseits von Freihandelsdogmen und opportunistischem Protektionismus bietet der Blick in die europäische Geistesgeschichte als eine zentrale Quelle der viel zitierten „europäischen Idee“. Die dort identifizierbaren humanistischen Anknüpfungspunkte an Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde bieten dabei auch eine Perspektive für die handelspolitische Orientierung der europäischen Union, die bislang nahezu völlig ignoriert wurde.

Darauf aufbauend könnte eine mögliche handelspolitische Strategie der Union beispielsweise in dem Versuch bestehen, ein gewisses „humanistisches Minimum“ in ihren Außenhandelsbeziehungen durchzusetzen. Auf diese Weise ließe sich auch ein wertvoller Beitrag zur europäischen Identitätsfindung leisten.

Die zentrale Herausforderung für eine solche Strategie liegt darin, dass uneingeschränkter Wettbewerb mit der Tendenz einhergeht, derartige humanistische Wertvorstellungen systematisch zu untergraben, da das Vermeiden von sozialen Verpflichtungen in Konkurrenzsituationen einen Wettbewerbsvorteil erzeugt: Jene Marktteilnehmer mit den niedrigsten moralischen Werten üben Druck auf Marktteilnehmer aus, die kostenintensivere moralische und/oder soziale Vorstellungen verfolgen. Uneingeschränkter (Markt-)Wettbewerb führt daher tendenziell zu einer Erosion moralischer und sozialer Standards.

Dieser Mechanismus, der vom deutschen Soziologen Wolfgang Streeck als „sinkende Grenzmoral des Wettbewerbs“ bezeichnet wird, wirkt im internationalen Handel auf besonders intensive Weise, da aufgrund der großen globalen Unterschiede im Bereich der Lebens- und Sozialstandards Wettbewerbsvorteile in einem größeren Maßstab zu erschließen sind. Korrespondierend dazu erhöht sich freilich die Gefahr einer Nivellierung moralischer und sozialer Standards nach unten. Die Konsequenzen dieser Abwärtsspirale sind weltweit zu beobachten: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Lohndruck, Kinderarbeit, ökologischer Raubbau und sinkende Produktqualität. Dabei kommt es auch zu Rückkoppelungseffekten, wie Günther Wallraff jüngst in seinem Buch „Die Lastenträger“ am Beispiel menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen in westlichen Industrieländern veranschaulichte.



Doch wie könnten sich europäische Grundwerte, freies Unternehmertum und internationaler Handel nun bestmöglich unter einen Hut bringen lassen? Ein Vorbild für die Beantwortung der Frage, wie sich soziale oder ökologische Standards im marktlichen Wettbewerb bestmöglich beeinflussen lassen, liefert das japanische Top-Runner-Programm. Dieses Programm setzt Energieeffizienzstandards für gewisse Produktklassen – etwa Kühlschränke oder Klimaanlage – fest und zieht die jeweils energieeffizientesten Produkte zur Festlegung dieser Standards heran. Die Nichteinhaltung wird dann sanktioniert, im Extremfall mit einer Einschränkung des Verkaufs. In Anlehnung daran ließe sich eine Europäische Aufsichtsagentur einrichten, die verpflichtende Mindeststandards für die auf dem europäischen Markt verkauften Güter durchsetzt. Diese Mindeststandards könnten sowohl die Arbeits- und Produktionsbedingungen – Mindestlohn, Arbeitszeit, Sicherheit etc. – als auch die Produktqualität ins Auge fassen: also Energieeffizienz, Langlebigkeit sowie gesundheitliche und ökologische Auswirkungen der Produkte. Im Gegensatz zu TTIP würde dieser Ansatz nicht Konzerninteressen über jene der Bevölkerung stellen, sondern die Verletzung von Menschenrechten sowie von ökologischen und sozialen Mindeststandards sanktionieren. Das somit erzielte „humanistische Minimum“ in der europäischen Handelspolitik wäre nicht nur ein willkommener Beitrag zur Findung einer europäischen Identität, sondern auch nichts weniger als der ambitionierte Versuch, das innovative Potenzial des Wettbewerbs dorthin zu dirigieren, wo es der Gesellschaft am meisten nützt.

Dieser Vorschlag beruht auf dem ÖGfE-Policy-Brief „Von freien zu zivilisierten Märkten: Ein New Deal für die europäische Handelspolitik“ der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik ([oegfe.at/policybriefs](http://oegfe.at/policybriefs)).